

FRANKREICH

Afrikanisches Monopoly

Die Pariser Justiz hat drei afrikanische Staatschefs im Visier, die in Frankreich enorme Reichtümer angehäuft haben. Untersuchungsrichterin Françoise Desset folgt einer Klage von Transparency International gegen Omar Bongo (Gabun), Denis Sassou-Nguesso (Republik Kongo) und Teodoro Obiang (Äquatorialguinea). Die Despoten und ihre Clans sollen jahrzehntelang öffentliche Gelder veruntreut und auf mehr als 180 französische Bankkonten umgeleitet haben – was die Beschuldigten abstreiten.

Laut Ermittlungen der Pariser Polizei von 2007 besitzt Bongo 39 Immobilien, darunter Wohnungen an der teuren Pariser Avenue Foch und Villen in Nizza, einen Teil erworben im Namen von Verwandten. Für ein Palais nahe den Champs-Élysées habe er knapp 19 Millionen Euro ausgegeben. Der Maybach seiner jüngst verstorbene Gattin sei per Scheck (390 795 Euro) aus der Staatskasse bezahlt worden.

Sassou-Nguesso gehört den Belegen zufolge unter anderem ein Neun-Zimmer-Appartement in Paris für 2,5 Millionen Euro, seiner Tochter Julianne habe er



Sarkozy, Sassou-Nguesso

ein Sieben-Zimmer-Palais mit Indoor-Pool gekauft. Neffe Wilfried ist Besitzer von sieben Sportwagen – Mercedes, Porsche, Aston Martin.

Trotzdem bleibt unklar, ob es zur Anklage kommt. Präsident Nicolas Sarkozy hatte zwar ein Ende der Kungelei versprochen zwischen den Autokraten und der Fünften Republik, die auf diese Weise ihren Einfluss in Schwarzafrika wahrte. Nun aber umschmeichelt er die Diktatoren, zwei frühere Klagen wurden abgewiesen, und die Staatsanwaltschaft blockiert den erneuten Vorstoß von Richterin Desset. Ein Berufungsgericht soll über die Zulassung der Klage entscheiden.



Suu Kyi (vor einem Bild ihres Vaters)

BURMA

Der mysteriöse Gast

John Yettaw gilt bei denen, die ihn näher kennen, eher als Sonderling: ein 53-jähriger Vietnam-Veteran aus Falcon, Missouri, der auch in Kalifornien registriert ist, ein einzelgängerischer ehemaliger Psychologiestudent, Vater von sechs Kindern, möglicherweise ein Mormone mit dem Ehrgeiz, ein Buch zu schreiben – über Menschenrechte, vielleicht auch über Glaubensfragen. Am 2. Mai jedenfalls wurde sein Einreisevisum für Burma abgestempelt, zum zweiten Mal seit Ende vorigen Jahres besuchte er das Land, und er wiederholte jene verrückte Aktion, mit der er schon bei seinem ersten Besuch aufgefallen war: Yettaw schwamm durch einen See bis zu jener Villa, in der die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, 63, seit 19 Jahren (mit Unterbrechungen) unter Hausarrest steht.

Zwei Tage verbrachte er auf dem zur Straße hin strengbewachten Gelände und weigerte sich, zu verschwinden. Das könnte gravierende Folgen für die Zukunft Burmas haben: Suu

SRI LANKA

Noch 48 Stunden

In der Endphase des Bürgerkriegs geriet vorige Woche ein überfülltes Zeltlager im Ort Mullaivaikal gleich zweimal unter Feuer – und die Armee in Verdacht, dafür schweres Geschütz eingesetzt zu haben. An die 100 Menschen starben, mehr als 50 wurden verletzt, allein seit dem 9. Mai sollen 450 Personen umgekommen sein. Die USA, die EU, Japan und Norwegen konferierten sofort, Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon will möglichst bald nach Sri Lanka reisen, zunächst schickt er einen Emissär.

Gerade erst hatten Großbritanniens Außenminister David Milliband und sein französischer Kollege Bernard Kouchner nach dem Besuch eines Flüchtlingscamps von der Regierung verlangt, die Offensive sofort einzustellen. Ähnlich äußerte sich jetzt US-Präsident Barack Obama; er forderte zugleich die Tamilen-Tiger (LTTE) zur Kapitulation auf. Sri Lankas Militärsprecher Udaya Nanayakkara wertete den Besuch der beiden Europäer gegenüber dem SPIEGEL jedoch herablassend: „Wir hätten zu gern die befreiten Gebiete und

die von den Tigern angerichteten Schäden gezeigt, aber ihnen ging es nur um die Stippvisite in einem Lager.“

Vorigen Donnerstag durften zwei indische Journalisten in die bisherige Tabuzone, wo der finale Akt des 30-jährigen Kampfes der LTTE für einen unabhängigen Tamilen-Staat im Norden und Osten der Insel spielt. Mehr als 84 000 Menschen



Lazarett in Mullaivaikal

AFGHANISTAN

Terrorverdächtiger gefasst

Elitesoldaten der US-Armee haben vergangene Woche in einer verdeckten Kommandoaktion im Einsatzgebiet der Bundeswehr in Nordafghanistan einen lange gesuchten mutmaßlichen Terroristen gefasst. Beim Zugriff am frühen Morgen nahmen Soldaten der Special Forces bei Kunduz Yassin Mohammed Osmani und einen weiteren Terrorverdächtigen fest. Osmani soll zum Führungsstab der Islamischen Dschihad Union (IJU) gehören. Die Festnahme stieß bei deutschen Sicherheitsbehörden auf Interesse. Die IJU soll die sogenannte Sauerlandgruppe um Fritz Gelowicz beauftragt haben, in Deutschland Anschläge auszuführen. Zudem sind den Behörden mehrere Personen aus Deutschland bekannt, die in der Krisenregion in den Reihen der IJU kämpfen. In Afghanistan sorgte der Zugriff der US-Truppen für Verstimmungen. Sowohl die lokale Polizei als auch der Geheimdienst beschwerten sich, sie seien vorab nicht informiert worden. Zudem habe Osmani keine Kontakte zu Terroristen, sondern sei ein angesehenes Geistlicher, der einer Koranschule vorstehe.



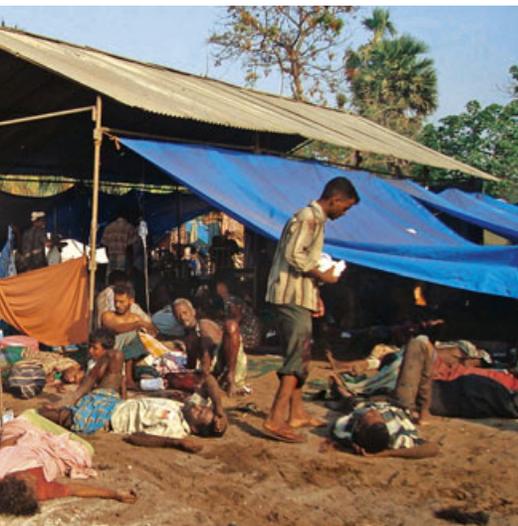
Kyis Arrest läuft am 27. Mai ab, die Junta nahm den Vorfall zum willkommenen Anlass, die Friedensnobelpreisträgerin in Ranguns berüchtigtes Insein-Gefängnis zu verfrachten. Vor Gericht soll sie sich noch in dieser Woche für den mysteriösen Kontakt verantworten. Der Tochter des ermordeten burmesischen Unabhängigkeitshelden Aung San drohen, in paradoxer Auslegung der Umstände, bis zu fünf Jahre Haft: Womöglich wird sie verurteilt, weil sie eine ungebetene, unvorhersehbare und ihr auch unerklärliche Begegnung nicht verhindern konnte.

Nächstes Jahr wollen die Militärs wählen lassen. Aung San Suu Kyi hat die letzte freie Wahl 1990 klar gewonnen, sie ist legitime Führerin des Landes. Nun scheint die Gelegenheit günstig, sie weiterhin kaltzustellen – wegen eines Eindringlings, der auf seinem Rückweg samt einer Taschenlampe, einer Zange und einer großen Wasserflasche aus dem See gefischt wurde.



Yettaw

ließen dabei ihr Leben, weit mehr als 100 000 sind auf der Flucht. Allein auf jenem Küstenstreifen, wo sich die letzten Rebellen verschanzen, sitzen noch etwa 50 000 Zivilisten fest. Angeblich umfasst die Tiger-Bastion nurmehr ein paar Quadratkilometer – Präsident Mahinda Rajapakse kündigte zum Wochenende denn auch an, bald sei alles vorbei: „Noch 48 Stunden“.



PIRATEN

Bewaffnete Wachen

Washington zwingt seine Handelsflotte, gegen die Piraten vor Somalia aufzurüsten, und zwar schnell. Bis zum 25. Mai, so verlangt es eine Order aus der vergangenen Woche, müssen Reeder für jedes Schiff unter US-amerikanischer Flagge einen Sicherheitsplan bei der Küstenwache vorlegen. Die Experten prüfen dann, ob das Schiff schnell genug ist, ob es Ausweichmanöver fahren könnte, wie leicht es zu entern wäre. Die Küstenwache verpflichtet alle US-Reedereien, in Piratengewässern Wachen zu stellen, und die werden wohl auf vielen Schiffen bewaffnet sein. Die Angst der Reeder vor Feuergefechten sei zwar verständlich, sagt der zuständige General David Petraeus, „aber es ist schon hart, wenn man nur einen Wasserschlauch in der Hand hat und der andere Typ eine Panzerfaust“.

Das Sicherheitsprogramm wurde schon längere Zeit erarbeitet und nach der Entführung des US-Frachters „Maersk Alabama“ Anfang April mit Hochdruck fertiggestellt. Die meisten deutschen Unternehmen lehnen eine Bewaffnung ihrer Schiffe ab: Die Piraten könnten dann weiter aufrüsten, das Risiko für die Mannschaften sei zu hoch. Zudem gebe es in vielen Häfen Probleme mit den Behörden, sobald Waffen an Bord seien. Das Pentagon sucht derzeit in diplomatischen Gesprächen nach Lösungen für dieses Problem.



US-Marine, Piratenschiff